Informationspflichten bei einer Erhebung von Daten nach Art. 12 bis 14 DSGVO

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit
Verwaltung und Nutzung des kommunalen Geoinformationssystems (GIS)

2.1 Name und Kontaktdaten der Verantwortlichen	**2.2 Name und Kontaktdaten des zuständigen Sachgebietes**
Stadt Neustadt in Sachsen **Bürgermeister** **Markt 1** **01844 Neustadt in Sachsen** Telefon: **+49(0) 3596 569 201** E-Mail: **stadtverwaltung@neustadt-sachsen.de**	**Stadt Neustadt in Sachsen** **Amt für Stadtentwicklung und Bauwesen** **Markt 1** **01844 Neustadt in Sachsen** Telefon: **+49(0) 3596 569 260** E-Mail: **bauamt@neustadt-sachsen.de**

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten
Eva Grübel-Hoffmann externer DSB ITM Management & Consulting GmbH Bürgerstraße 81 01127 Dresden **datenschutz@itm-mc.de**

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten

Zweck: *Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zur Pflege, Aktualisierung, Verwaltung und Bereitstellung von Geodaten im kommunalen Geoinformationssystem (GIS). Das Geoinformationssystem dient der Unterstützung und Wahrnehmung kommunaler Aufgaben, insbesondere in den Bereichen Stadtentwicklung, Bauleitplanung, Liegenschaftsverwaltung, Infrastrukturmanagement, Straßen- und Verkehrsplanung, Umwelt- und Grünflächenmanagement, Brand- und Katastrophenschutz sowie weiterer kommunaler Fachverfahren.*

Die Verarbeitung erfolgt ferner zur Darstellung, Analyse, Auswertung und Dokumentation raumbezogener Informationen sowie zur Unterstützung von Verwaltungsentscheidungen und Planungsprozessen.

Rechtsgrundlagen: Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO i. V. m. § 3 SächsDSDG, soweit dies zur Wahrnehmung der der Stadt Neustadt in Sachsen übertragenen öffentlichen Aufgaben erforderlich ist. Die weiteren Rechtsgrundlagen richten sich nach der jeweiligen kommunalen Aufgabe und den hierfür einschlägigen fachrechtlichen Vorschriften. Soweit die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, erfolgt sie auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO in Verbindung mit der jeweils einschlägigen gesetzlichen Vorschrift.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Empfänger:in innerhalb der Organisation: Zugriff auf personenbezogene Daten im kommunalen Geoinformationssystem erhalten ausschließlich diejenigen Beschäftigten und Organisationseinheiten der Stadt Neustadt in Sachsen, die diese zur Wahrnehmung ihrer jeweiligen Aufgaben benötigen. Die Zugriffsberechtigungen richten sich nach den jeweiligen Aufgaben, Fachschalen und Datenbeständen.

Auftragsverarbeiter: Soweit erforderlich, werden externe Dienstleister als Auftragsverarbeiter gemäß Art. 28 DSGVO eingesetzt, insbesondere für den Betrieb, die Wartung, den Support sowie die technische Betreuung des Geoinformationssystems und der zugehörigen IT-Infrastruktur.

Dritte: Eine Übermittlung personenbezogener Daten erfolgt nur, soweit dies zur Wahrnehmung kommunaler Aufgaben, zur Aktualisierung von Geodatenbeständen oder aufgrund gesetzlicher Vorschriften erforderlich ist. Empfänger können insbesondere sein:

- Vermessungsbehörden,
- Kataster- und Grundbuchbehörden,
- Landratsämter und andere öffentliche Behörden,
- Zweckverbände,
- Ver- und Entsorgungsunternehmen,
- kommunale Unternehmen und Wohnungsbaugesellschaften,
- Ingenieur-, Planungs- und Vermessungsbüros,
- sonstige öffentliche Stellen oder Dritte, soweit hierfür eine gesetzliche Grundlage besteht.

Die Übermittlung erfolgt jeweils nur im erforderlichen Umfang und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen.

6. Herkunft und Kategorien der verarbeiteten personenbezogenen Daten

Herkunft der Daten

Die personenbezogenen Daten stammen aus öffentlichen und nicht öffentlichen Quellen, soweit deren Verarbeitung zur Pflege, Aktualisierung und Nutzung des kommunalen Geoinformationssystems erforderlich und rechtlich zulässig ist.

Hierzu zählen insbesondere:

- Grundbuchämter,
- Amtliche Liegenschaftskatasterinformationssysteme (ALKIS),
- Vermessungsbehörden,
- Meldebehörden,
- Landratsämter und sonstige Fachbehörden,
- öffentliche Register,
- Ver- und Entsorgungsunternehmen,
- kommunale Unternehmen und Zweckverbände,
- öffentlich zugängliche Quellen (z. B. Internet, amtliche Veröffentlichungen),
- betroffene Personen selbst.

Kategorien der verarbeiteten personenbezogenen Daten

Im Rahmen der Pflege und Nutzung des kommunalen Geoinformationssystems können insbesondere folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet werden:

- Stammdaten (z. B. Name, Vorname, Geburtsdatum),
- Kontaktdaten (z. B. Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse),
- Grundstücks- und Flurstücksdaten,
- Eigentümer- und Nutzerdaten,
- Gebäude- und Adressdaten,
- Georeferenzierte Standort- und Objektdaten,
- Kataster- und Vermessungsdaten,
- Daten aus Genehmigungs-, Planungs- und Verwaltungsverfahren,
- Korrespondenz- und Verfahrensdaten,
- sonstige Daten, die für die Wahrnehmung kommunaler Aufgaben und die Pflege des Geoinformationssystems erforderlich sind.

Art und Umfang der verarbeiteten Daten richten sich nach dem jeweiligen Fachverfahren, dem Verarbeitungszweck und den gesetzlichen Anforderungen.

7. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an ein Drittland/eine internationale Organisation übermittelt.

8. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Soweit Unterlagen oder Datenbestände nach Maßgabe der archivrechtlichen Vorschriften dem zuständigen Archiv anzubieten sind, erfolgt nach Ablauf der jeweiligen Aufbewahrungsfristen eine entsprechende Bewertung. Nicht mehr erforderliche und nicht archivwürdige personenbezogene Daten werden gelöscht bzw. anonymisiert.

9. Betroffenenrechte

Betroffene Personen haben nach Maßgabe der gesetzlichen Voraussetzungen folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO): Sie haben das Recht, Auskunft darüber zu verlangen, ob und in welchem Umfang personenbezogene Daten zu Ihrer Person verarbeitet werden.
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO): Sie haben das Recht, die Berichtigung unrichtiger sowie die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen.
- Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO): Sie haben das Recht, die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO): Sie haben das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen.
- Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO): Soweit die Verarbeitung personenbezogener Daten auf Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f DSGVO beruht, haben Sie unter den Voraussetzungen des Art. 21 DSGVO das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung einzulegen.

Für das Recht auf Löschung und Einschränkung der Verarbeitung gelten insbesondere die Maßgaben des § 7 SächsDSDG; für das Auskunftsrecht gelten die Einschränkungen des § 9 SächsDSDG. Die Informationspflichten können unter den Voraussetzungen des § 8 SächsDSDG eingeschränkt sein.

Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Sie haben gemäß Art. 77 DSGVO das Recht, sich bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO oder andere datenschutzrechtliche Vorschriften verstößt.

Zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Sächsischer Datenschutz- und Transparenzbeauftragter

Devrientstraße 5

01067 Dresden

Internet: www.datenschutz.sachsen.de

10. Widerrufsrecht bei Einwilligung

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt nicht auf Grundlage einer Einwilligung, sondern aufgrund gesetzlicher Vorschriften bzw. zur Wahrnehmung der der Stadt Neustadt in Sachsen übertragenen öffentlichen Aufgaben. Ein Widerrufsrecht nach Art. 7 Abs. 3 DSGVO besteht daher nicht.

11. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Die personenbezogenen Daten werden im Rahmen dieser Verarbeitungstätigkeit überwiegend nicht unmittelbar bei den betroffenen Personen erhoben, sondern aus den für die jeweilige kommunale Aufgabe zulässigen Datenquellen bzw. Fachverfahren übernommen. Soweit personenbezogene Daten unmittelbar bei betroffenen Personen erhoben werden, richtet sich eine Verpflichtung zur Bereitstellung nach den für den jeweiligen zugrunde liegenden Verwaltungs- oder Fachvorgang geltenden gesetzlichen Vorschriften.

12. Automatisierte Entscheidungsfindung

Eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 DSGVO findet im Rahmen dieser Verarbeitungstätigkeit nicht statt.